

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

70 (22.3.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgehoben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf dem Monatsersten angenommen werden.

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Abgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 250 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2,80, im Verlag abgeholt 2,50 DM

4./58. Jahrgang

Samstag, den 22. März 1952

Nr. 70

De Gasperi fordert ganz Triest

Gespannte Lage im Freistaat — Jugoslawische Demonstrationen

Rom (UP). Der italienische Ministerpräsident de Gasperi stellte fest, Italien könne mit Jugoslawien nur auf der Grundlage verhandeln, daß ganz Triest — d. h. sowohl die britisch-amerikanische, als auch die jugoslawische Zone Triests — zu Italien zurückkehre. Der letzte Vorschlag Marschall Titos, aus Triest einen Freistaat mit wechselnden italienischen und jugoslawischen Gouverneuren zu machen, sei für Italien unannehmbar.

Die italienische Regierung hat bei der amerikanisch-britischen Militärregierung in Triest gegen die Methoden protestiert, mit denen die Polizei am Donnerstag gegen die Demonstrationen der italienischen Nationalisten vorging. Bei den Kundgebungen für die Wiedervereinigung des ganzen Gebiets des Freistaats Triest mit Italien waren 20 italienische Demonstranten verletzt und 41 zeitweilig verhaftet worden. Der britische Militärgouverneur, General Winterton, hat seinerseits die Aktion „unverantwortlicher Elemente“ bedauert, welche die öffentliche Sicherheit bedroht und die Polizei zum Einschreiten gezwungen hätten.

Die Angehörigen der Freien Gewerkschaft Triests sind in der Nacht zum Samstag in einen Proteststreik getreten. Bürgermeister Dino Bartoli drohte, die gewählte italienische Verwaltung des anglo-amerikanischen Stadtteils würde eine weitere Zusammenarbeit mit der Militärregierung ablehnen, wenn nicht die für die Zusammenstöße zwischen Polizei und Bevölkerung verantwortlichen Beamten entlassen würden.

Gegen die von den Italienern geforderte Rückgabe Triests an Italien demonstrierten etwa 5000 Jugoslawen an ihrer Zonengrenze. In einem Telegramm an das jugoslawische Außenministerium wurde gefordert, daß der „antijugoslawischen“ Kampagne der italienischen Regierung, die „alle Bemühungen zur Einführung normaler Verhältnisse in diesem Teil Europas“, zunichte machten, ein sofortiges Ende bereitet werde.

Regierungskrise in Finnland

Helsinki (UP). Der finnische Ministerpräsident Kekkonen teilte Staatspräsident Paasikivi überraschend seinen Rücktritt mit. Anlaß dieser unerwarteten Regierungskrise sind wirtschaftliche Probleme. Kekkonen ist es nicht gelungen, mit den Vertretern der Erzeuger und der Verbraucher zu einer Einigung über die Preiskontrolle zu kommen. Paasikivi hat Kekkonen gebeten, die Regierungsgeschäfte vorläufig weiter zu führen. Man hält es für möglich, daß der Präsident und die Parteiführer Kekkonen dazu überreden werden, seinen Rücktritt rückgängig zu machen.

Westmächte-Antwort noch nicht fertig

Mehrere „kleine Punkte“ ungeklärt — Die letzte Vierer-Konferenz

Paris (UP). Der Bundeskanzler erklärte am Freitagvormittag nochmals mit dem Außenminister Großbritanniens und Frankreichs sowie dem amerikanischen Botschafter in Paris die Antwort der Westmächte auf die Deutschland-Note der Sowjetunion.

Der Text der Antwortnote wurde dabei aber noch nicht endgültig fertiggestellt, da nach Mitteilung von französischer Seite noch mehrere „kleine Punkte“ geklärt werden müssen. Die Vertreter der Westmächte werden deshalb am Samstag noch einmal zusammenzutreten, um diese Punkte zu beraten und die Verhandlungen möglichst zum Abschluß zu bringen.

Die Antwort der Westmächte wird außerordentlich sorgfältig ausgearbeitet, da Rußlandverhältnisse es für möglich halten, daß die sowjetischen Vorschläge für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland einen Wendepunkt in der Außenpolitik Moskaus bedeuten könnten. Die Ostexperten haben sich mit ihrer Ansicht durchgesetzt, daß hinter der sowjetischen Note vielleicht mehr steckt als ein bloßer Propagandastück.

Wie von amtlicher Seite verlautet, ist der erste Entwurf der Antwortnote, der in der vergangenen Woche auf Initiative Edens in London ausgearbeitet wurde, stark abgeändert worden. Von französischer und auch deutscher Seite wurde darauf gedrungen, daß die Antwort zwar entschlossen, aber doch auch verständlich klingen müsse, damit das Gespräch mit Moskau in Gang bleibe und der Westen eine Gelegenheit erhalte, die etwaigen Absichten der Sowjetunion deutlich zu erkennen.

Vor dieser Konferenz, die im französischen Außenministerium stattfand, hatten Außenminister Eden und Dr. Adenauer eine Besprechung in der britischen Botschaft. Auch General Eisenhower war kurz davor von Eden empfangen worden. Am Freitagabend traf Eden mit seinem französischen Kollegen Schuman zum Abendessen zusammen.

„Versteigerung um Deutschland“

Die britische Wochenzeitung „The Economist“ meint in einer kritischen Untersuchung

Europas Einigung nicht stören

Adenauer über das Ergebnis von Paris — Kommissionsbildung bereits im Gange

Paris (E.B.). „Man darf das Saarproblem nicht isoliert betrachten, denn es gehört in den großen Rahmen der politischen Gegenwartsfragen“, erklärte Dr. Adenauer vor seinem Rückflug nach Bonn in Paris. Die europäische Einigung dürfe durch Mißstimmigkeiten über die Saar nicht gestört werden.

Als der Bundeskanzler am Freitagnachmittag auf dem Flughafen Wahn landete, erwiderte er auf eine Frage nach dem wichtigsten Ergebnis seiner Reise, er empfinde es mit besonderer Genugtuung, daß es gelungen sei, die zwischen Deutschland und Frankreich aufgetretenen Spannungen weitgehend zu beseitigen. Besonders wichtig sei es, daß die letzte Entscheidung über die Zukunft der Saar ein „neu und frei zu wählender Landtag in Saarbrücken“ zu treffen haben werde.

Bereits am Freitag wurden in Paris Verhandlungen über die Zusammensetzung einer deutsch-französischen Kommission zur Prüfung der Voraussetzungen freier und demokratischer Landtagswahlen an der Saar eingeleitet.

Nach Ansicht der einflussreichen französischen Zeitung „Le Monde“ bestehen die Ergebnisse der Unterredung zwischen Schuman und Adenauer über das Saargebiet darin, daß „Frankreich auf das Abkommen zwischen den Alliierten und Deutschland über die besondere Lösung der Saarfrage verzichtet und die deutsche Bundesregierung ermächtigt wird, sich mit den Landtagswahlen im Saargebiet zu beschäftigen“.

Das Blatt stellt fest, daß das französische Außenministerium lange Zeit auf dem Standpunkt stand, die Saarfrage sei nicht aktuell und falle nicht in das Interessengebiet der deutschen Bundesrepublik. Heute könne man sagen, daß die Politik stets Wandlungen unterworfen sei. „Es gibt Momente, in denen Gegebenheiten übergeordneter Natur die Regierung veranlassen können, auf Teilgebieten Opfer auf sich zu nehmen“.

Das Blatt weist schließlich darauf hin, daß die Saarfrage nicht von Problemen getrennt werden könne, die außerhalb des Saargebietes auf internationaler Ebene liegen. Wenn gewisse Schleiensensoren unvorsichtig geöffnet werden, könne niemand die Folgen übersehen. Darum dürfe auch das Saargebiet nicht bedenkenlos der „Propaganda des kämpferischen Deutschland“ geöffnet werden. Das in Paris abgeschlossene Übereinkommen lasse sich also in dem engen Rahmen vertreten, in dem es nicht einen Anfang, sondern einen Abschluß bedeute; es stehe unter dem sehr festen Entschluß: bis hierher und nicht weiter.

Ein Kommentar Hoffmanns
Der Ministerpräsident des Saarlandes, Hoff-

mann, verlangte auf einer Pressekonferenz in Paris, daß die Selbstverwaltung des Saargebietes auch nach dem Abschluß der geplanten deutsch-französischen Verhandlungen in gewissem Umfang bestehen bleiben müsse. Hoffmann kündigte gleichzeitig an, daß die Saar an den bevorstehenden Beratungen zwischen Bonn und Paris beteiligt werden würde. Die Schaffung einer Kommission zur Prüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen sei dazu nur der erste Schritt. Der saarländische Ministerpräsident beauftragte erneut eine Europäisierung des Saargebietes, gab aber zu, daß über die Form und den Inhalt einer solchen Lösung noch keine konkreten Vorschläge bestehen. Andererseits versicherte er, daß die demokratischen Grundfreiheiten an der Saar nicht beschränkt würden und auch das neue Parteiengesetz unverändert bestehen bleibe.

Botschafter Grandval, der Vertreter Frankreichs an der Saar, äußerte bei seiner Rückkehr nach Saarbrücken die Auffassung, das hervorstechendste an dem Ergebnis der Pariser Zusammenkunft zwischen Schuman, Adenauer und Hoffmann sei die Tatsache, daß der Chef der deutschen Außenpolitik zum erstenmal die Existenz des Saarlandes anerkannt und Ministerpräsident Hoffmann als den politischen Exponenten dieses Landes respektiert habe.

Pro und Contra in Bonn

Der CDU-Pressedienst begrüßt die in Paris zur Saarfrage getroffenen Vereinbarungen und betont, daß die deutsche Forderung nach Mitwirkung der Saarbevölkerung bei der Lösung der Saarfrage und damit das Verlangen nach freien und demokratischen Wahlen aufrecht erhalten bleibt. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Heinrich von Brentano, hob hervor, daß der Bundeskanzler die unsichlichen Erklärungen des französischen Botschafters Grandval mit Entschiedenheit zurückgewiesen habe. Die unmittelbaren Gespräche zwischen Deutschland und Frankreich über die Saarfrage könnten von entscheidender Bedeutung für die politischen Beziehungen zwischen diesen beiden Völkern sein. Die Wiederherstellung der Grundrechte im Saargebiet werde das vornehmste Ziel dieser Gespräche sein müssen.

Die Vereinbarung, die der Bundeskanzler mit dem französischen Außenminister getroffen hat, bedeute praktisch die Preisgabe des deutschen Standpunktes, daß das Saargebiet ein Teil Deutschlands ist, erklärte demgegenüber der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer. Die Einbeziehung der Hoffmann-Regierung in die geplante Untersuchungskommission sei eine formelle Anerkennung der sogenannten Saar-Regierung als Verhandlungspartner durch den Bundeskanzler.

Die weitere Ankündigung, daß deutsch-französische Verhandlungen über den endgültigen Status des Saargebietes vor Abschluß eines Friedensvertrages stattfinden sollen, sei nicht weniger beunruhigend, denn im Zusammenhang mit den Konzeptionen, die der Bundeskanzler erneut gemacht habe, bestehe die erhöhte Gefahr, daß durch solche Verhandlungen vor dem Abschluß eines Friedensvertrages die Ausgliederung des Saargebietes aus dem Staatsverband durch vertragliche Vereinbarung mit deutscher Zustimmung endgültig erfolge.

Zweierlei Auslegung

Der französische Außenminister Schuman erklärte am Freitagabend, daß die deutsche Bundesregierung in dem Kommuniqué, das nach seinen Saargesprächen mit Bundeskanzler Dr. Adenauer veröffentlicht wurde, die Saarregierung zum ersten Male öffentlich anerkannt habe.

Demgegenüber wurde in Bonner Regierungskreisen festgestellt, von einer Anerkennung der Existenz des Saarlandes bzw. der saarländischen Regierung könne keine Rede sein. Die Fühlungnahme mit dem Gesprächspartner bedeute keine Anerkennung der gegenwärtigen Zustände an der Saar.

Botschafter Dieckhoff gestorben

Lenzkirch, Schwarzwald (sw). Botschafter a. D. Hans Heinrich Dieckhoff ist am Freitag im Alter von 68 Jahren nach längerer schwerer Krankheit in seinem Heim in Lenzkirch gestorben. Dr. Dieckhoff war von 1937 bis 1939 deutscher Botschafter in Washington, 1941 übernahm er den Botschafterposten in Madrid, den er bis 1944 innehatte. In Lenzkirch bewohnte er zuletzt das Haus seines Vaters, der bis 1918 Regierungspräsident in Straßburg war. Seit seiner Rückkehr aus Spanien arbeitete Dr. Dieckhoff als freier Schriftsteller.

Das Ende von Lippe-Detmold

Düsseldorf (UP). Die Eingliederung des Landes Lippe in das Bundesland Nordrhein-Westfalen ist jetzt staatsrechtlich Tatsache geworden. Nordrhein-Westfalen wird die Schulden des früheren Landes Lippe übernehmen und die Ordnung des lippischen Schulwesens an die Bestimmungen der Landesverfassung angleichen. Detmold bleibt u. a. Sitz eines Regierungspräsidenten.

„Schutzengel“ der Verfassung

Von Heinz Hartmann

Eine große Schaufensterfront mit Küchenherden und eine kleinere mit Büroartikeln flankieren den unauffälligen Eingang der schweigsamsten Behörde des Bundes in der Kölner Brückenstraße. Kein Namensschild weist neben der Türklänge an dem mehrstöckigen Gebäude darauf hin, daß es in seinen oberen Stockwerken das „Bundesamt für Verfassungsschutz“ beherbergt, in dem seit nunmehr anderthalb Jahren alle Nachrichten und Unterlagen über verfassungsfremde Bestrebungen, Gruppen und Personen in der Bundesrepublik sorgfältig gesammelt werden. Für diese Tätigkeit stehen der dem Bundesinnenministerium nachgeordneten Bundesoberbehörde zur Zeit ein Jahresetat von 3,5 Millionen DM und 83 feste Mitarbeiter zur Verfügung. Ihre Leistung liegt in den Händen von Dr. Karl John, der kürzlich als früheres Mitglied der Widerstandsbewegung des 20. Juli im Braunschweiger Remer-Prozess als Zeuge vernommen worden ist.

Er versteht durchaus das Interesse der Öffentlichkeit an seinem Arbeitsbereich, aber er spricht wie auch seine engeren Mitarbeiter zu Außenstehenden nur ungern darüber. Auch die Verbindungsstelle im Bundesinnenministerium sieht sich nicht in der Lage, auch nur allgemeine Erfahrungen aus der bisherigen Tätigkeit des Amtes preiszugeben, die sich auf die Zusammenarbeit mit den Ländern oder die Entwicklung verfassungsfremder Bestrebungen innerhalb des letzten Jahres erstrecken. Sie lieferte auch die Unterlagen für die Regierungsklage zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD und der SRP. Angesichts der Schwierigkeiten und der Diskretion, die diese Tätigkeit verlangt, ist jedoch die Mauer des Schweigens verständlich, der sich freundlich empfangene Besucher bei jeder Frage nach irgendwelchen Einzelheiten gegenüber sehen. Selbst telefonisch wird Diskretion gewahrt; denn die Vermittlung der in keinem Fernsprechbuch verzeichneten Rufnummer gibt den Namen des Amtes nicht preis, um bei Fehlverbindungen nicht bekannt zu werden. Die Erwähnung des Amtes in der Öffentlichkeit — gleichgültig in welchem Sinne und Zusammenhang — gilt als wenig erwünscht, um nicht überflüssige Aufmerksamkeit in den Kreisen zu erregen, deren stille Beobachtung im Interesse des innerstaatlichen Friedens notwendig ist.

Nach dem Gesetz über die Errichtung des Bundesamtes vom 27. September 1950, das sich aus den Artikeln 73 und 87 des Grundgesetzes herleitet, handelt es sich nur um eine Nachrichtensammelstelle, die der Bund für Zwecke des Verfassungsschutzes eingerichtet hat. Polizeiliche Funktionen sind dem Amt ausdrücklich versagt worden, um auch nur den Anschein zu vermeiden, als handele es sich hier nur um eine neue Form der politischen Polizei oder gar einer Gestapo. Selbst in Prozessen dürfen Ermittlungsergebnisse dieser Bundesbehörde nicht verwandt werden.

Unter diesen Umständen mag die Wirksamkeit des Schutzes für die verfassungsmäßige Ordnung etwas problematisch erscheinen, weil es nur schwer vorstellbar ist, wie praktisch bestehende Gefahren abgewendet oder auch nur ohne Rechtsmittel Einzelermittlungen vorgenommen werden können. Hausdurchsuchungen oder Brief- und Telephonüberwachung sind unzulässig, genau so wie ein unmittelbares Eingreifen von Beauftragten, zum Beispiel durch die Festnahme eines Attentäters. Die notwendigen Konsequenzen bleiben in jedem Falle Sache polizeilicher Exekutive, die allerdings durch Nachrichten über verfassungsfremde Vorgänge und Aktionen von den Gerichten oder Länderinnenministerien angeordnet werden können. Die nach dem Grundgesetz den Ländern überlassene Polizeihohheit macht dabei ein vertrauensvolles Zusammenwirken des Bundesinnenministeriums mit den Länderministerien erforderlich. Wie sich im Zweifelsfall bisher noch nicht den Anregungen Bonns verschlossen haben. Zwischen dem Verfassungsschutzamt auf der Bundesebene und den in diesen Aufgaben betrauten Landesbehörden besteht deshalb rechtlich nur ein Verhältnis der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterrichtung über alle Angelegenheiten, deren Kenntnis im Interesse von Bund und Ländern erforderlich ist.

Die Notwendigkeit dieser Arbeit im stillen, der selbst öffentliche Anerkennung unerwünscht bleibt, bedarf keiner besonderen Unterstreichung. Die tausendfältigen Möglichkeiten der Untergrundtaktik, deren sich ein kaum faßbarer und vom Auslande her unterstützter Gegner bedient, sind innerhalb der letzten Monate an vielen Einzelbeispielen bekannt geworden. Die kommunistische Infiltration in Politik und Wirtschaft, ja sogar selbst in der Polizei, die sich oft nationaler Vorwände bedient, ist ein so großes Arbeitsgebiet, daß die vorhandenen Mittel fast unzulänglich erscheinen. Wenn es trotzdem in der Bundesrepublik noch nicht zu irgendwelchen Unruhen gekommen ist, so darf darin auch ein Erfolg der unsichtbaren und stillen „Schutzengel“ der demokratischen Grundordnung gesehen werden, die die Bundes- und Länderstellen für Verfassungsschutz sein wollen.

18 türkische Seeleute werden vermißt, nachdem ein kleiner türkischer Frachter im Schwarzen Meer auf eine Mine lief und sank.

Reuter empfing die UN-Delegierten

Berlin ist eine tägliche Mahnung an die Welt
Berlin (UP). Berlins Regierender Bürgermei-
ster Ernst Reuter empfing im Schöneberger
Rathaus die vier Mitglieder der UN-
Deutschlandkommission. In seiner Begrü-
ßungsansprache sagte Reuter: „Die Bevölke-
rung der Sowjetzone ist einzig in dem heißen
Wunsch, endlich auf Grund von freien Wäh-
len eine gemeinsame deutsche Regierung bil-
den zu dürfen und im Interesse des europäi-
schen Friedens an die Wiederherstellung einer
einheitlichen Wirtschaft und Verwaltung un-
seres Landes zu gehen. Wir begrüßen Ihren
Besuch als Zeichen dafür, daß diese unsere
Wünsche in der ganzen Welt verstanden wer-
den und die Sympathien und Unterstützung
aller Menschen und Völker finden, die nur
einen Wunsch haben, in Frieden und Frei-
heit miteinander zu leben und zu arbeiten.“

Der Vorsitzende der Kommission, Kristjan
Albertson, erwiderte in deutscher Sprache:
„In dieser verwüsteten und geteilten Stadt drängt
sich die dringende Notwendigkeit einer deut-
schen Einheit ganz von selbst auf. Diese Stadt,
die durch den schrecklichsten Krieg der Ge-
schichte zerstört und zerrissen worden ist,
muß in Frieden geolnt werden, um wieder zu
neuem Leben erblühen zu können. Die un-
möglche Situation, in welcher die Bürger
Berlins zu leben gezwungen sind, ist eine täg-
liche Mahnung an die Welt, daß diese Teil-
ung nicht für immer andauern kann und
darf.“

Die UN-Deutschlandkommission traf außer-
dem mit den drei Westberliner Kommandan-
ten im Gebäude der alliierten Kommandan-
tur zusammen. Sie informierten die Komman-
danten offiziell über ihre Aufgaben und er-
zielten von ihnen die volle Unterstützung bei
der Erfüllung ihrer Arbeit zugesichert.

Grotewohl lehnt ab
Der Sowjetzonen-Ministerpräsident Grotewohl lehnte erneut eine Überprüfung der
Wahlvoraussetzungen in Deutschland durch
die UN-Kommission ab und befürwortete
wieder eine Wahlkontrolle durch die vier
Besatzungsmächte. Grotewohl, der bei der
Eröffnung der kommunistischen Weltjugend-
woche in Ostberlin sprach, meinte, „alle mög-
lichen und unberufenen Kreise“ benutzten die
Anwesenheit der vier UN-Delegierten in
Berlin, die Pankower Regierung zu einer Auf-
ßerung in der Frage der UN-Kommission zu
bewegen, um „im letzten Augenblick die UN-
Kommission doch noch zu einer Wirksamkeit
in Deutschland zu bringen“. Die Sowjetzonen-
Regierung sei aber der Auffassung, „daß die
Einmischung einer solchen UN-Kommission
nach wie vor abzulehnen ist, da sie nach den
Statuten der UN ebensowenig zulässig ist wie
nach den Prinzipien des Völkerrechts“.

VOM TAGE

Bundespräsident Heuss empfing drei Ver-
treter des Zentralrats der Juden in Deutsch-
land, mit denen er die Lage der Juden in der
Bundesrepublik besprach.

Schutz- und Schundschriften sollen nach
dem Entwurf eines Bundesgesetzes dadurch
im Vertrieb beschränkt werden, daß jugend-
gefährdende Druckerzeugnisse nicht mehr in
Kiosken, sondern nur noch in Buchhandlun-
gen verkauft werden dürfen.

Der Sultan von Marokko verlangte von der
französischen Regierung erneut die Revision
des Protektorsvertrags, nach dem die gem-
ischte Kommission, welche hierüber beraten
sollte, seit einhalb Jahren nicht mehr zu-
sammgetreten ist.

Der Gouverneur der Valikansstadt, Mar-
chese Camillo Serafini, ist im Alter von 87
Jahren einem Herzschlag erlegen.

König Baudouin von Belgien und seine Ge-
schwister sind nach mehrwöchigem Winter-
urlaub in der Schweiz wieder nach Brüssel
zurückgekehrt.

Murillos „Marta Inmaculata“ erzielte auf
einer Auktion in Bonn den Preis von 28 000
DM. Das Bild wurde von einem skandi-
navischen Museum erworben.



Eine Anlage für Wassergaserzeugung
Die Krupp-Kohlechemie-G.m.b.H. in Wansee
Eickel hat in der auf die Hartparaffinsynthese
umgebauten Fischer-Tropsch-Anlage die Er-
zeugung aufgenommen. Mit einem verbesserten
Verfahren kann jetzt die Produktion wichti-
ger Grundstoffe für viele Industriezweige
entscheidend verbilligt werden. Anstelle der
früheren Koksvergassung können jetzt min-
derwertige Kohlenarten vergast werden, die
auf dem Markt nicht so leicht abzusetzen sind.
Unser Bild zeigt die Anlage für die Wasser-
gaserzeugung in Wansee-Eickel.

Bonns Anteil an der US-Sicherheitshilfe

160 Millionen Dollar vorgesehen - Abdeckung des Zahlungsdefizits

Washington (UP). Innerhalb des ge-
seitigen Sicherheitsprogrammes der ameri-
kanischen Regierung für das Haushaltsjahr
1952/53 sind 160 Millionen Dollar für die
Bundesrepublik vorgesehen. Dieser Betrag
wird in dem Auslandhilfe-Programm Präsi-
dent Trumans als „Verteidigungsunterstüt-
zung“ ausgewiesen.

Im allgemeinen sind die als „Verteidigungs-
unterstützung“ klassifizierten Beträge zwar
für militärische Verwendungszwecke bestimmt.
Im Falle Deutschland sollen diese Mittel aber
im wesentlichen für wirtschaftliche Hilfema-
nahmen verwendet werden und u. a. zum
Ausgleich eines Defizits in der deutschen Zah-
lungsbilanz bestimmt sein. In amerikanischen
Regierungskreisen rechnet man nämlich, daß
die Bundesrepublik am 30. Juni 1953 noch
einen Einfuhrüberschuß ausweisen wird. Aller-
dings könne aber unter Umständen auch die
Bundesrepublik bis dahin einen relativ klei-
nen Aktivsaldo herauswirtschaften.

Von Beamten der amerikanischen Regie-
rung wird in diesem Zusammenhang erklärt,
daß die Berechnungen für einen eventuellen
Bedarf Westdeutschlands an amerikanischer
Unterstützung auf einer Reihe von Faktoren
basieren, die noch erheblichen Veränderungen
unterworfen sein können. Hierzu zählen die
noch unbestimmte Höhe des Dollarbetrages,
der im kommenden Haushaltsjahr von den
amerikanischen Truppen in Deutschland auf-
gewendet werden muß, die noch ungewissen
Auswirkungen amerikanischer Rüstungsauf-
träge für die deutsche Wirtschaft und die noch
ungeklärte Frage, ob die Bundesrepublik ihr
augenblickliches Exportvolumen aufrechter-
halten kann.

Bradley plädiert für deutsche Soldaten

General Bradley, der Vorsitzende des ver-
einigten Generalstabs der USA, erläuterte er-
neut die Notwendigkeit einer Einbeziehung
Westdeutschlands in die westliche Verteidi-
gungsgemeinschaft. Der General betonte, daß
die USA als stärkste Nation der Welt eine
Reihe internationaler Verpflichtungen hätten.
Zu diesen gehöre der Schutz Westdeutschlands
und Österreichs. Bei Unterzeichnung der be-
dingungslosen Übergabe habe es nicht in der
Absicht der USA gelegen, die Teilung Deutsch-
lands zum Dauerzustand werden zu lassen,
doch habe Sowjetrußland jeden Versuch der
Alliierten, die Einheit wieder herzustellen,
blockiert. Solange aber Deutschland geteilt
und schutzlos sei, hätten die USA dort mili-
tärliche Verpflichtungen. Außerdem würden
die USA der deutschen Bevölkerung helfen,
ihren Platz in der Gemeinschaft der freien
Nationen wieder einzusehen.

Außenminister Acheson vertrat vor dem
Außenpolitischen Ausschuß des Repräsen-
tantenhauses die Ansicht, daß sich die westdeut-
sche Bevölkerung nicht gegen einen Beitrag
für die europäische Verteidigungsgemeinschaft
aussprechen werde. „Deutschland“, betonte
der Außenminister, „ist ein sehr bedeutendes
Land, das in seinen Beziehungen zu den
Streikräften Eisenhowers von großer Wich-
tigkeit ist.“

Admiral McCormick, der Oberkommandie-
rende der nordatlantischen Seestreitkräfte
erklärte, er verfüge noch nicht über ausrei-
chende Streitkräfte, mit denen er einem
neuen Krieg beruhigt entgegensetzen könne.



Frankreichs Außenminister Schuman empfängt Bundeskanzler Dr. Adenauer
zu den bedeutenden Besprechungen, bei denen direkte deutsch-französische Verhand-
lungen zur Lösung des Saarproblems und die Einsetzung einer Untersuchungskom-
mission beschlossen wurden

Aufhebung des Mieterschutzes verschoben

Nächster Termin ist der 1. Juli - 35 000 vertriebene Bauern angesiedelt

Bonn (ZSH). Nach einem Beschluß des
Bundeskabinetts soll die Verordnung über die
Frügabe von Geschäftsräumen nicht am
1. April, sondern erst am 1. Juli 1952 in Kraft
treten.

Die Verschiebung des Termins war not-
wendig geworden, da das „Gesetz zur Ergä-
nzung der Vorschriften über die Aufhebung
des Mieterschutzes“, das entstehende Härten
vermeiden soll, nicht rechtzeitig in Kraft
treten kann. Das Gesetz wird zur Zeit noch im
Bundestagsausschuß beraten. Die Vollstrek-
kung der inzwischen angestregten Räu-
mungsklagen wird ebenfalls bis zu dem neuen
Termin ausgesetzt. Bekanntlich hatte der
Bundesrat die „kleine Mietpreisreform“ für
rechtsunwirksam erklärt. Die SPD-Fraktion
im Bundestag hatte sich auf den gleichen
Standpunkt gestellt.

Das Bundeskabinett lehnte den Abände-
rungsvorschlag des Bundesrates zur ersten
Durchführungsverordnung zum Investitions-
hilfegesetz ab, wonach bestimmte Betriebe
der Ernährungsindustrie bei der Aufbringung
der Mittel bevorzugt behandelt werden sol-
len. Die Bundesregierung steht auf dem
Standpunkt, daß durch die Ausnahme dieser
Betriebe ein Präzedenzfall geschaffen würde
und dann andere Betriebe, die sich in einer
ähnlichen wirtschaftlichen Lage befinden,
gleiche Erleichterungen fordern könnten. Die
Verordnung geht jetzt erneut an den Bundes-
rat.

Schließlich hat das Bundeskabinett einen
Gesetzesentwurf verabschiedet, der die Arbeit
der gegenwärtig in Deutschland weilenden
UN-Kommission zur Untersuchung der Vor-
aussetzungen für freie gesamtdeutsche Wäh-
len sichern soll. Die Vorlage wird vom Bun-
destag voraussichtlich schon in der kommen-
den Woche behandelt werden. Nach diesem
Gesetz genießen die UN-Delegierten diploma-
tische Vorrechte. Tätliche Angriffe und Belä-
stigungen gegen die Delegierten können mit
Zuchthaus und Gefängnis bis zu drei Jahren
bestraft werden. Auch darf niemand wegen

einer Auskunft an die Kommission belangt
werden.

Rund 35 000 vertriebene Bauern konnten
als Eigentümer oder Pächter in die west-
deutsche Landwirtschaft eingegliedert werden.
Nach einer Mitteilung des Bundesministe-
riums für Vertriebene wurden auf Grund des
Flüchtlingsiedlungsgesetzes zwischen dem 1.
Juli 1949 und dem 31. Dezember 1951 23 214
landwirtschaftliche Betriebe mit einer Ge-
samtfäche von 185 973 Hektar an Vertriebene
vergeben. Vor Inkrafttreten des Flüchtlings-
siedlungsgesetzes befanden sich bereits 10 773
landwirtschaftliche Betriebe in der Hand von
Vertriebenen. Die Finanzierung der auf Grund
des Flüchtlingsiedlungsgesetzes erfolgten Be-
triebsübergaben an Vertriebene erforderte
316,2 Millionen DM.

Der israelische Ministerpräsident hat die
sowjetische Regierung ersucht, der jüdischen
Bevölkerung der UdSSR die Auswanderung
nach Israel zu gestatten. Sie soll auf diese
Weise den ständigen Judenverfolgungen in
Rußland entzogen werden.

Ein US-Zivilgericht in Salzburg hat die
Österreicherin Margarete Reyzek zu sieben
Jahren und den Polen Heinz Silomon zu sechs
Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie zugun-
sten des tschechischen Geheimdienstes Spio-
naze trieben.

Deutsche Generalkonsulate werden nach
einer Ankündigung des Auswärtigen Amtes
demnächst in den kanadischen Städten Van-
couver, Montreal und Toronto errichtet.

Professor Dr. Wilhelm Stählin, der 68jäh-
rige Bischof der Evangelisch-Lutherischen
Landeskirche von Oldenburg, ist in den Ru-
hestand getreten.

Der Oberste Sowjet der Ukraine hat aus
bisher unbekanntem Gründen den 1. Vize-
ministerpräsidenten der Ukraine, Mazkio-
witsch, und den Präsidenten des Obersten
Gerichts der Moldau-Republik, Tschischlean,
ihrer Posten entboren.

10 000 Rotchinesen in Indochina?

Neue Aktionen der Rebellen - Ausbreitung
der Seuchen in China

Saigon (UP). In Französisch-Indochina
haben die kommunistischen Rebellen neue
Aktionen eingeleitet, nachdem sie Verstär-
kungen durch rotchinesische „Militärberater“
erhalten haben. Die rotchinesischen Streit-
kräfte sollen - nach französischen Infor-
mationen - bisher rund 10 000 „Militärbera-
ter und Techniker“ zu den Vietnam-Rebellen
abkommandiert haben.

Auch der amerikanische Verteidigungs-
minister Lovett stellte fest, daß auf Seiten der
Vietminh „eine Anzahl“ chinesischer Kom-
munisten kämpften, deren genaue Zahl jedoch
nicht bekannt sei. Lovett sprach vor dem
Außenpolitischen Ausschuß des Repräsen-
tantenhauses für das Programm für gegenseitige
Sicherheit, wobei er die Gelegenheit benutzte,
die Notwendigkeit der Unterstützung der
französischen Aktionen gegen die kommuni-
stischen Aufständischen in Indochina zu be-
tonen.

Nach einer rotchinesischen Pressemitteilung
ist in Hankau ein Komitee zur Bekämpfung
von Epidemien in Mittel- und Süchina ge-
bildet worden. Zu den von rotchinesischer
Seite bereits zugegebenen Seuchenausbrüchen
in den Provinzen Schantung, Anhwei und
Kiangsu in Ostchina scheinen demnach nun
auch in Süd- und Mittelchina Epidemien aus-
gebrochen zu sein.

Der orthodoxe „allrussische“ Patriarch
Alexei hat zusammen mit drei Metropoliten
der orthodoxen Kirche eine Erklärung ver-
öffentlicht, in der er gegen die bakteriologi-
sche Kriegführung in Korea und China
protestiert und den „amerikanischen Impe-
rialisten“ die Strafe Gottes ankündigt. Die
Erklärung des Patriarchen erschien in der
Zeitung „Iswestija“ unter der Überschrift
„Ungeheuerliche Untaten der amerikanischen
Aggressoren, der Feinde der Menschheit“.

Die UN haben Rotchina und Nordkorea die
Hilfe der Weltgesundheitsorganisation (WHO)
für die Bekämpfung der in Nordkorea auf-
getretenen Epidemien angeboten. Der UN-
Generalsekretär Trygve Lie machte dieses
Angebot in der Abrüstungskonferenz, nachdem
der Vertreter der Sowjetunion, Malik, einer
Stellungnahme zu dem Vorschlag ausgewichen
ist, eine Abordnung des Internationalen Roten
Kreuzes die kommunistischen Beschuldigen-
gen wegen angeblicher bakteriologischer
Kriegführung der Amerikaner in Korea un-
tersuchen zu lassen.

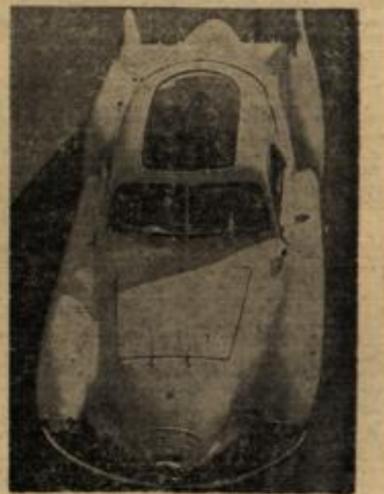
Die Delegierten der Kommunisten mächten
in Pan Mun Jon einen neuen Vorschlag in
der Kriegsgefangenenfrage, der nach Aus-
süften von UN-Delegierten das Zugestän-
dis enthält, unter Umständen auf die Repatri-
erung von etwa 44 000 Gefangenen zu ver-
zichten, da es sich um „Gefangene der UN“
handelt. Die Alliierten würden sich dagegen
eventuell bereit erklären, auf eine weitere
Aufklärung des Schicksals von 53 000 gefan-
genen Südkoreanern zu verzichten.

Montgomery bleibt im Amt

Paris (UP). Der Stellvertreter General
Eisenhowers, Feldmarschall Montgomery, hat
sich bereit erklärt, auch mit Eisenhowers
Nachfolger als Oberkommandierendem der
NATO zusammenzuarbeiten, wenn Eisen-
hower zurücktreten sollte, um an der Präsi-
dentschaftskampagne in den USA teilzuneh-
men. Montgomery soll auch bereit sein, sein
Amt unter dem Stabschef General Günther
weiter auszuüben, falls dieser Eisenhowers
Nachfolger werden sollte. Günther hat sich
zur Berichterstattung nach Washington be-
geben. General Eisenhower wird nach An-
sicht unterrichteter Kreise in der zweiten
Hälfte des Monats Mai nach den USA zurück-
kehren, um dort seine Wahlkampagne zu be-
treiben.

Kultur in Kürze

Die vom 13. Juni bis 3. August in Reckling-
hausen stattfindenden Ruhrfestspiele wollen
dem Berliner Kulturschaffen einen breiteren
Raum widmen. Der Berliner Beitrag soll die
Verbundenheit des Berliner Kulturliebens mit
dem der Bundesrepublik zum Ausdruck brin-
gen. U. a. ist eine Aufführung der Oper „Fi-
dello“ durch die Berliner Oper geplant.



„Tallun“ ein neues Stromlinienauto
Aus einem Porsche-Motor entwickelte der
Konstrukteur Rudolf Haller aus München eine
Hochleistungsmaschine mit Kompressor, über
die er eine nach aerodynamischen Gesicht-
spunkten gebaute Karosserie setzte. Bei elf
Liter pro 100 km Verbrauch umflutet Haller 150
Stdkm. Höchstleistung aus der 1,5-Liter-
Maschine herausholen

Umschau in Karlsruhe

Gesamtbadischer Fremdenverkehrsverband:
 Karlsruhe (swk). Ein gesamtbadischer Landes-Fremdenverkehrsverband soll noch in diesem Jahr als Dachverband gegründet werden. Wie auf einer Sitzung des Karlsruher Verkehrsvereins mitgeteilt wurde, sollen jedoch die nach Kriegsende entstandenen selbständigen Verbände Nordbaden (Heidelberg) und Südbaden (Freiburg) als Bezirksverbände des Dachverbandes weiter bestehen bleiben.

Er ging auf Schreibmaschinen aus
 Karlsruhe (swk). Der Polizist gelang es, einen Kaufmann aus Karlsruhe festzunehmen, der es in den letzten Monaten auf Schreibmaschinen „abgesehen“ hatte. Von Ende August 1951 bis Mitte Februar 1952 gelang es dem seriös aussehenden Kaufmann, in Karlsruhe insgesamt 12 Schreibmaschinen zu stehlen, die er in der Umgebung von Stuttgart verkaufte. Bei weiteren 10 Diebstählen fielen ihm zwei Ledermäntel, Reisetaschen und Aktentaschen mit Inhalt in die Hände.

Seit Wochen leerstehende Wohnungen
 Karlsruhe (swk). Obwohl in Karlsruhe über 7000 wohnungssuchende Familien vorhanden sind, stehen die Häuser der Albtalstraße, welche von Amerikanern bewohnt waren, jetzt aber bereits seit Wochen geräumt sind, immer noch leer. In der Bevölkerung fragt man sich vergeblich, wie das in einer Stadt möglich ist, in welcher Hunderte von Personen gezwungen sind, in den unwürdigsten Verhältnissen zu hausen.

Ausgerutscht und im Rhein ertrunken
 Karlsruhe (swk). Der 54 Jahre alte Koch einer bei Leopoldshafen arbeitenden und auf einem Wohnschiff stationierten Räumkolonne wollte mit einem Kahn zum Schiff übersetzen. Beim Betreten des Schiffes rutschte er aus und stürzte in den Strom. Ehe Hilfe zur Stelle war, wurde der Unglückliche abgetrieben und ertrank.

Moraller immer noch in Haft
Regelung des Falles unbedingt erforderlich
 Karlsruhe (swk). Seit nahezu sieben Jahren befindet sich der frühere Hauptredakteur des Karlsruher NS-Organs, Franz Moraller, in französischen Gefängnissen. Bisher fand ein ordentliches Gerichtsverfahren gegen ihn nicht statt. Die Vereinigung der Karlsruher Journalisten, der Presseclub, beschäftigt sich in seiner Jahreshauptversammlung mit diesem Falle. In einer einstimmig gefaßten Resolution an den französischen Hochkommissar André François-Poncet bitten sie diesen, sich mit dem Schicksal des früheren Redakteurs zu befassen. Bei aller Ablehnung der politischen Weltanschauung, die Moraller früher in seiner Zeitung vertrat, bringen die Karlsruher Journalisten dennoch zum Ausdruck, daß im Zeichen der deutsch-französischen Wiederannäherung auch unter diesem Kapitel ein Schlußstrich gezogen werden müsse. Sieben Jahre nach der Einstellung der Feindseligkeiten gebühre Moraller entweder in einem ordentlichen Gerichtsverfahren verurteilt oder, falls tatsächlich nichts gegen ihn vorliege, unverzüglich in Freiheit gesetzt, schon mit Rücksicht auf die sich seelisch und materiell in großer Not befindlichen Angehörigen des Inhaftierten. — Auf der Jahreshauptversammlung wurde der bisherige Vorstand, an seiner Spitze die beiden Redakteure Walter H.K. Meyer (apd/swk) und Hubert Dörschuck (Badische Neueste Nachrichten), wiedergewählt.

Ilse Koch in der letzten Instanz
Bundesgerichtshof soll endgültig entscheiden
 Karlsruhe (UP). Die Revisionsverhandlung gegen die Buchenwald-Kommandeuse Ilse Koch wird am 22. April vor dem 1. Senat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe stattfinden. Am 12. 8. 1947 war Ilse Koch von Dachauer Militärgericht wegen Kriegsverbrechen zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt worden; im Juni 1948 wurde sie von General Clay zu 4 Jahren Gefängnis begnadigt.
 Die wesentliche Verfahrensfrage, auf die es bei der Revisionsverhandlung ankommt und die eine grundsätzliche Klärung erfahren wird, lautet nun: Ist es möglich, daß ein Mensch wegen derselben Sache zweimal verurteilt werden kann? Das Schwurgericht in Augsburg, das sich vor einem Jahr mit dem Fall beschäftigte, bejahte diese Frage, weil es als erwiesen ansah, daß in dem amerikanischen Verfahren peinlichst vermieden wurde, irgendwelche Fälle einzubeziehen, in die Deutsche (auch deutsche Juden) verwickelt waren. Lebenslängliches Zuchthaus wegen Anstiftung zum Mord, versuchten Mord und Anstiftung zur gefährlichen Körperverletzung lautete am 15. 1. 1951 der Urteilspruch des Schwurgerichts Augsburg.

Aus der badischen Heimat

Jugendliche Räuberromanik
 Mannheim (swk). In den frühen Morgenstunden einer der letzten Tage fielen einer Polizeistreife in Seckenheim drei Schüler auf, die sich unter verdächtigen Umständen auf der Straße herumtrieb. Die Beamten beschäftigten sich mit den Kindern und stellten fest, daß diese am Tage vorher 290 DM gestohlen hatten. 210 DM konnten sicher gestellt werden, während 70 DM bereits zur „Ausstattung“ mit fünf Luftpistolen und einigen Dolchmessern Verwendung gefunden hatten.

Ein sehr charmanter Trost
 Pforzheim (swk). Ein Landwirt parkte dieser Tage seinen schon älteren Personenkraftwagen vor einem Gasthaus. Als er wieder heraustrat, war der Wagen auf der linken Seite mit etlichen Schrammen und Beulen versehen. Offensichtlich war jemand allzu

nahe vorbeigefahren. Während der Besitzer noch schliefte und wetterte, fand er an der Windschutzscheibe einen 50-DM-Schein, einen Entschuldigungszettel und eine Photographie, welche eine hübsche und junge Amerikanerin darstellte, die mit ihrem Superverweil das Übel angerichtet hatte. Schnell war der Zorn des Landwirts verzogen. Nicht nur Geldschein, sondern auch das Foto wanderten in die Brieftasche, die auf der linken Brustseite über dem Herzen getragen wird.

Kleine Zecherei — Große Rechnung
 Pforzheim (swk). In einer Wirtschaft gerieten zwei Gäste, die sich über die Bezahlung einer kleinen Zeche nicht einigen konnten, in eine wüste Schlägerei. Die Inanspruchnahme von Stuhlbeinen, Bier- und Weingläsern, Flaschen und anderen Gegenständen erhöhte die Kosten des Gelages um das Zehnfache. Da einer der Beteiligten noch erheblich verletzt wurde, kommt eine Krankenhausrechnung noch hinzu. Eine zu erwartende Polizeistrafe erhöht die „Lustbarkeit“ weiterhin. Warum soll man eine Sache auch verbilligen, wenn es teurer geht?

136 000 DM Schulden gemacht
Ein eigentümliches Geschäftsgehehen
 Pforzheim (swk). Fassungslos stand die in Pforzheim lagende Große Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe der Geschäftsführung einer 33-jährigen Geschäftsinhaberin aus Königbach gegenüber. Mit rund 20 000 DM Schulden aus einem Handel mit Uhren und Lederwaren, denen als Aktiva ein nicht abzuschätzbares Lager an Lederwaren gegenüberstand, hatte sie Anfang 1949 einen Hausierhandel mit Textilien aller Art begonnen und Mitte des Jahres Vertreter eingestellt, die zu 95 Prozent auf Teilzahlung ohne Festlegung einer angemessenen Ratenzahlungsfrist verkauft. Die Angeklagte selbst hatte über die den Vertretern gelieferten Waren keine Aufzeichnungen in Händen und führte auch keine Buchhaltung. Sie hatte keine Kontrolle über die Kundschaft ihrer Vertreter und mußte an Geld mit dem vorliebnehmen, was ihr die Vertreter, meist Arbeitslose, ablieferten. Die Vertreter kümmerten sich um Anweisungen der Geschäftsinhaberin grundsätzlich nicht und beantworteten die anscheinend auch nicht ernst gemeinte Drohung, sie wolle die Lieferung einstellen, mit der Gegendrohung, sie würden ihre Tätigkeit für die Angeklagte aufgeben und ihr kein Geld mehr abliefern. Der Gerichtsvollzieher war fast täglich Gast bei der Angeklagten, die hemmungslos Bestellungen aufgab, kaum eine Rechnung bezog und schließlich beim Konkurs im Oktober 1950 nicht weniger als 574 Lieferanten aufzuweisen hatte. Obwohl die Angeklagte sehr einfach lebte, betrug die Schuldenlast schließlich 136 000 DM, denen an zweifelhaften Aktiva 40 000 DM gegenüberstanden. Allein im Jahr 1950 kamen 126 Firmen um mehr als 50 000 DM. Nur wenige Firmen hatten vorher Auskunft über die Angeklagte eingeholt, die in einem Falle die ungünstige Auskunft als Verleumdung bezeichnet und den bei ihr täglich ein- und ausgehenden Gerichtsvollzieher als Referenz angegeben hatte. Das Urteil lautete schließlich auf ein einjähriges Gefängnis. Das Gericht hob bei der Urteilsbegründung hervor, daß auch die Lieferfirmen durch ihre Leichtfertigkeit mitschuldig geworden seien.

Offenburg. Verschiedene Jugendverbände haben ein Flugblatt herausgegeben, in dem gegen die Aufführung des Veit-Harlan-Films „Manna Amon“ protestiert wird. (ds)

„Keine unüberbrückbaren Gegensätze“

Die Koalitionsverhandlungen sind im Gange
 Stuttgart (swk). Die ersten Verhandlungen über die Bildung einer Regierungskoalition für das neue südwestdeutsche Bundesland haben in Stuttgart begonnen. Am Vormittag verhandelte die CDU zunächst mit einer vierköpfigen Delegation der SPD. Nach den 2½stündigen Besprechungen wurde ein kurzes Kommuniqué ausgegeben, in dem es heißt, daß sich bei „der eingehenden Besprechung der Fragen der künftigen Landespolitik keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den Verhandlungspartnern ergeben“ hätten. Eine Fortsetzung der Gespräche sei in Aussicht genommen. Wie dazu von der SPD verlautet, wurden in den Besprechungen noch keine personellen Fragen der Regierungskoalition, sondern lediglich die sachlichen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit erörtert. Es seien alle Probleme gründlich besprochen worden, die im Vordergrund der künftigen Landespolitik stehen. Die nächste Besprechung werde wahrscheinlich am Montag, dem 24. März stattfinden.
 Als Vertreter der CDU nahmen an der Verhandlung die Landesvorsitzenden Staatspräsident Dr. Gebhard Müller (Württemberg-Hohenzollern), Anton Dichtel (Südbaden), Wilhelm Simpfendorfer (Nordwürttemberg) und Dr. Franz Gurk (Nordbaden) teil. Der SPD-Delegation gehörten die beiden Landesvorsitzenden Erwin Schötle (Württemberg-Baden) und Richard Jäckle (Südbaden) sowie der Innenminister von Württemberg-Hohenzollern, Viktor Renner, und der Fraktionsvorsitzende der SPD im württemberg-badischen Landtag, Alex Möller, an.
„Weitgehende Übereinstimmung“
 Die Verhandlungen am Nachmittag zwischen der CDU und der DVP/FDP dauerten fast vier Stunden. In dieser Besprechung wurde, wie in einer Verlautbarung erklärt wird, „weitgehende Übereinstimmung in den Fragen erzielt, die für die künftige Regierungsbildung von Bedeutung sind“.
 Allgemein kam der Wunsch zum Ausdruck, die Verhandlungen möglichst zu beschleunigen. Sie sollen nach dem Kommuniqué Anfang nächster Woche zwischen den Vertretern der CDU, SPD und DVP gemeinsam fortgesetzt werden.
 An der Besprechung am Freitagmittag nahmen neben den vier Landesvorsitzenden der CDU für die DVP/FDP der Landesvor-

sitzende für Württemberg-Baden, Dr. Haußmann, die Abgeordneten Dr. Kohler, Schwenninger, Georg Menges, Freiburg (für den erkrankten südbadischen FDP-Landesvorsitzenden Dr. Paul Wildin), Dr. Carl Schäfer, Ludwigsburg, und der Geschäftsführer der württemberg-badischen DVP, Dr. Vietzen, Stuttgart, teil.
Geschäftsordnung wie im Bundestag
 Die Verfassunggebende Landesversammlung, die am kommenden Dienstag in Stuttgart zum ersten Male zusammentritt, soll als Geschäftsordnung die des Bundestages übernehmen. Diesen Vorschlag will Ministerpräsident Dr. Maier, bei der Landesversammlung einbringen.
Der Überleitungsgesetz-Entwurf der DVP
 Die DVP/FDP-Fraktion der Verfassunggebenden Landesversammlung hat bei der Kanzlei-Direktion der Landesversammlung einen Initiativgesetzentwurf für ein Überleitungsgesetz, das die vorläufige Ausübung der Staatsgewalt im Südweststaat regelt, eingereicht. Der Vorsitzende der Fraktion, Dr. Haußmann, erklärte dazu, der Entwurf gebe nicht nur der Landesversammlung die Möglichkeit, sich unmittelbar nach deren Zusammentritt mit diesem Thema zu befassen, um dem Lande so schnell wie möglich ein Organisationsstatut zu geben, sondern bilde auch einen Prüfstein für die Koalitionsverhandlungen.
 Die DVP/FDP-Fraktion schlägt in ihrem Initiativgesetzentwurf vor, daß das neue südwestdeutsche Bundesland den Namen „Baden-Württemberg“ führen soll. Die Verfassunggebende Landesversammlung soll zugleich die Aufgaben der Volksvertretung wahrnehmen. In dem Entwurf wird ferner vorgeschlagen, daß sich das südwestdeutsche Bundesland in vier Landesbezirke gliedert, die die Bezeichnung Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwestwürttemberg-Hohenzollern führen. Mit der Entstehung des Landes Baden-Württemberg sollen die Ministerien der alten Länder sowie das gesamte Landesbetriebspräsidium Nordbaden „in Abwicklung treten“.
 Der Ministerpräsident der vorläufigen Regierung, der nach dem Gesetzentwurf der DVP/FDP von der Verfassunggebenden Landesversammlung mit mehr als der Hälfte der

abgegebenen Stimmen gewählt wird, bestimmt die Richtlinien der Politik. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Minister seinen Geschäftskreis selbständig.
 Die vorläufige Regierung bedarf zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Verfassunggebenden Landesversammlung. Entzieht ihr die Landesversammlung mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder das Vertrauen, so muß sie ihren Rücktritt erklären. Der Rücktritt wird jedoch erst rechtswirksam, wenn die Landesversammlung mit der Mehrheit ihrer Mitglieder einen neuen Ministerpräsidenten gewählt und die von ihm gebildete vorläufige Regierung bestätigt hat.
Noch zwei Arbeitssitzungen des Landtags
 Der württemberg-badische Landtag wird nach seiner nächsten Plenarsitzung am kommenden Donnerstag, für die die Tagesordnung bereits vorliegt, wahrscheinlich nur noch eine Arbeitssitzung nach Ostern abhalten. Landtagspräsident Keil teilte vor Pressevertretern mit, daß der Landtag an dem Tage an dem die Verfassunggebende Landesversammlung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes die vorläufige Regierung bestätigt, noch eine Schlußsitzung abhalten werde. Er habe mit dem Ältestenrat bereits ein Übereinkommen in dieser Frage erzielt. Keil äußerte die Ansicht, daß der Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung und der neue Ministerpräsident Südwestdeutschlands dem Landtag eine Note zugehen lassen sollten, in der die Bestätigung der neuen Regierung durch die Landesversammlung und die nach dem Neugliederungsgesetz entstehenden Folgen bekanntgegeben werden. Daraus würden sich wahrscheinlich Schlüsselsprachen des Ministerpräsidenten und des Landtagspräsidenten anschließen.
Bundesstraße und Eisenbahnstrecke gesperrt
 Rastatt (swk). Wegen dem Bau eines Flugplatzes bei Söllingen wird die Bundesstraße 36 am 1. April zwischen Hügelsheim und Söllingen für den gesamten Verkehr gesperrt. Desgleichen wird auch die Strecke Rastatt—Schwarzach der Mittelbadischen Eisenbahn, die über das Gelände des geplanten Flugplatzes führt, unterbrochen.
Bisher 290 Wildschweine erlegt
 Oberlingen (ds). Im Kreise Oberlingen wurden seit dem 1. April vergangenen Jahres rund 290 Wildschweine erlegt. Der Schwarzwildbestand im Kreisgebiet wird auf etwa 600 bis 800 Tiere geschätzt.

**GROSS
FORMAT**

**MEHR
QUANTITÄT
MEHR
QUALITÄT***

* Das Großformat hat die Eigenschaft, das Tabakaroma hochqualifizierter Mischungen zu letzter Entfaltung zu steigern. So bietet die Lux nicht nur ein mengenmäßiges, sondern vor allem auch ein qualitatives Mehr.

James Ware erwartet drei Russensiege Sechs Länder nehmen in Helsinki in allen 17 Sportarten teil

Die Teilnahme der Sowjetunion stellt zweifellos eines der interessantesten Merkmale der Olympischen Sommerspiele dar. Wie werden die Russen in Helsinki abschneiden? Der irische Leichtathletik-Fachmann James Ware glaubt nicht, daß die UdSSR in den Männer-Wettbewerben zu einem Erfolg kommen wird, er tippt aber auf drei russische Leichtathletinnen als voraussichtliche Goldmedaillenträgerinnen: Andrejeva im Kugelstoßen, Dumbadse im Diskuswurf und Smirnitkaya im Speerwerfen. Einen dreifachen Erfolg wie 1948 traut Mister Ware der Holländerin Blankers-Koen über 100 m, 200 m und 80 m Hürden zu; im Weitsprung favorisiert er die Neuseeländerin Williams, im Hochsprung die Engländerin Lerwill und über 4x100 m die Staffel Südafrikas. (Nach unserer Meinung ist über 100 m jedoch vor allem mit der Australierin Marjorie Jackson zu rechnen, deren neuer 190-Yard-Weltrekord von 10,4 einer 100-m-Zeit von 11,4 entspricht, also besser ist als der offizielle Rekord von Helen Stephens von 11,5.)

In 24 Disziplinen 13 Siege Amerikas?

Von den 24 Leichtathletik-Disziplinen der Männer werden nach Meinung von James Ware 13 an Amerika fallen, zehn an Europa und einer an Asien. Im einzelnen bezeichnet er folgende Favoriten: 100 m: Golliday-USA, 200 m: Stanfield-USA, 400 m: Rhoden-Jamaica, 800 m: Parlett-England, 1500 m: Bannister-England, 5000 und 10 000 m: Zatopek-CSR, Marathon: Tanaka-Japan, 4x100 m: USA, 4x400 m: Jamaica, 110 m Hürden: Attlesey-USA, 400 m Hürden: Moore-USA, 3000 m Hindernis: Szegedin-Jugoslawien, 10 km Gehen: Hardy-England, 50 km Gehen: Ljunggren-Schweden, Hochsprung: Hall-USA, Weitsprung: Brown-USA, Stabhoch: Richards-USA, Dreisprung: da Silva-Brasilien, Kugel: Fuchs-USA, Diskus: Consolini-Italien, Hammer: Strandli-Norwegen, Speer: Nikkinen-Finnland, Zehnkampf: Richards-USA.

76 eingeladen — 61 sagten zu

76 Länder erhielten die Einladungen nach Helsinki. Bereits 61 haben eine vorläufige Zusage gegeben und mit einigen weiteren ist zu rechnen. Insgesamt 6000 Aktive, davor etwa 525 Frauen, werden erwartet. Dies stellt alle früheren Rekorde in den Schätzen. Sechs Länder haben erklärt, in allen 17 Sportarten antreten zu wollen, nämlich USA, Italien, Frankreich, Dänemark, Schweden und Finnland. Von den 28 Ländern, die bereits namentlich gemeldet haben, beteiligen sich alle 23 in der Leichtathletik, 22 im Schwimmen, 21 im Boxen und 20 im Rudern.

Von 1000 bis 70 000 Zuschauerplätze

Wo werden die 150 Wettbewerbe in der 17 Hauptarten vom 19. Juli bis 3. August durchgeführt? Das geringste Fassungsvermögen mit nur 1000 Besuchern hat die Westend-Tennishalle, in der die Fechtkonkurrenzen zur Abwicklung kommen. Je 7000 können im Velodrom den Kämpfen im Radsport und im Landhockey beiwohnen. In der Messehalle gibt es beim Turnen, Boxen, Ringen, Gewichtheben und Basketball Platz für 7000. Das Schwimmstadion bietet 11 000 Interessenten Raum. Die Fußballplätze, auf denen die Weltkämpfe des Olympia-Turniers steigen, haben durchschnittlich ein Fassungsvermögen von 20 000 Zuschauern. Das Olympia-Stadion hat 54 000 Sitz- und 16 000 Stehplätze.

Australien übernimmt Olympiade 1956

Die zuständigen australischen Stellen haben jetzt endgültige Beschlüsse hinsichtlich der Olympischen Spiele im Jahre 1956 gefaßt. Die Spiele werden im Carlton-Stadion in Melbourne abgehalten werden. Die dazu benötigten Gelder werden von der australischen Bundesregierung, den australischen Länderregierungen und der Stadt Melbourne gemeinsam aufgebracht werden.

Wintersportseason kündigt aus

Am kommenden Sonntag veranstaltet der Skiclub Todtnau auf der Wiesentalschanze einen verbandsoffenen Sprunglauf. In Allgäu findet ein Wanderpreiswettbewerb statt, dem ein Spezialtourist vorausgeht.

ROLAND BETSCH

NARREN im Schnee

Der Akrobat nimmt die Mütze ab und kratzt sich in den Haaren. „Die neue Zeit“, sagt er und hat ein bitteres Grinsen. „Sturmschritt, marsch, marsch! Selbst die silbernen Katescheiben sind schon wieder unmodern.“ Ein vernünftiger Mensch läßt die Narren hinter sich und geht in den verschneiten Bergwald. Mitten in der Schlucht trifft er ein Roß. Natürlich kein richtiges Roß. Am späten Nachmittag dringt der Akrobat in den Hochwald ein. Er taucht zwischen die schattigen Stämme, einsame Dämmerung umfängt ihn, eine Weile noch und er ist maßlos allein. Flaumig, hoch liegt neuer Schnee, seine Reinheit ist über alle Maßen beglückend. Schwer hängt die blitzende Last auf den Ästen. Das sind keine Äste mehr, es sind viele müde Arme, die an schlafenden Körpern baumeln. Immer tiefer stößt der Akrobat vor in die Bezirke erstarrter Stille; menschenferner wird es um ihn, stark haucht ihm der versunkene Wald seinen Odem entgegen. Seltsame Fährte im Schnee, eines menschlichen Wildes, das auf Wanderung ist; einsam zweigeteilte Spur, die sich wie eine Narbe in die fleckenlose Wälderlandschaft gräbt. Ich will bis in das Herz des Waldes, geht es durch sein Denken, bis ganz in das Herz der Bergtannen, mit zersplittertem Windbruch und getrockneter Wurzelröhre. Menschen sind mir zur Last, Stimmen sind mir ein Grauel, ich will nichts hören als die Orgel der Welt, wenn der Wind durch die Tannenwipfel streicht. Ihr alle seid Narren, laßt mich meiner Wege gehen; ihr alle seid verschro-

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Endkampf zwischen „Club“ und VfB

2. Platz für Offenbach kaum erreichbar

Die Spiele in Süddeutschlands erster Liga jagen einem erregenden Finish zu. Noch drei Wochen, dann steht der Meister fest. Daß er unter den beiden großen Rivalen 1. FC Nürnberg und VfB Stuttgart zu suchen sein wird, daran ist nicht mehr zu zweifeln. Bereits jetzt scheint festzustehen, daß am letzten Spieltag der VfB und der 1. FC zum Endkampf im Stuttgarter Neckarstadion antreten werden. Am kommenden Sonntag spielen beide Vereine zu Hause. Der „Club“ empfängt Waldhof Mannheim und der VfB die Münchner „Löwen“. Beide Vereine könnten ihre Vorspiele gewinnen, so daß auch jetzt an Siegen nicht zu zweifeln ist. Die Offenbacher Kickers, die sich noch eine winzige Chance auf den zweiten Platz ausrechnen, müssen zum VfL Neckarau. Aber selbst bei einem Sieg können die Offenbacher, wenn der VfB sein Spiel gewinnt, diesen nicht mehr überflügeln. Wer Neckarau in die zweite Liga Süd begleiten wird, steht noch nicht fest. Die Augsburger Schwaben wehren sich mit Verweigerung gegen den drohenden Abstieg. Am Sonntag sollten die Schwaben zu Hause gegen den FSV Frankfurt gewinnen. Bereits eine Punkteerlung der ebenfalls noch gefährdeten Mannschaften von Schweinfurt und Aschaffenburg, sowie ein Sieg des VfB Mühlburg bei der Eintracht, der allerdings reichlich fraglich ist, würden die letzten Hoffnungen der Schwaben weiter schmälern. Die Spiele zwischen VfB Mannheim und Kickers Stuttgart, sowie Bayern München und SpVgg. Fürth haben keine größere Bedeutung mehr.

Es spielen: VfR Mannheim — Stuttgarter Kickers, Bayern München — SpVgg. Fürth, VfL Neckarau — Kickers Offenbach, VfB Stuttgart gegen 1860 München, Eintracht Frankfurt gegen VfB Mühlburg, 1. FC Nürnberg — Waldhof Mannheim, Schwaben Augsburg — FSV Frankfurt, 05 Schweinfurt — Viktoria Aschaffenburg.

Durlach der „lachende Dritte“?

Unverändert scharfer Kampf um 2. Platz

Das Rennen um den zweiten Platz in Süddeutschlands zweiter Liga geht mit unverminderter Schärfe weiter. Mit Ausnahme des ASV Durlach spielen alle Anwärter auswärts, so daß Punkteverluste nicht ausgeschlossen sind. Durlach hat die Möglichkeit, als „lachender Dritter“ durch einen Sieg über den ASV Cham nach Münsingen zu kommen. Der ASV Cham hat Münsingen sogar den BC Augsburg zu überflügeln. Der BC Augsburg muß zum stark bedrohten ASV Feudenheim. Gelingt den Feudenheimern ein Sieg, dürften sie zum größten Teil über dem Berg sein. Hessen Kassel ist beim SV Wiesbaden stark gefährdet. Die beiden anderen Vereine, die sich ebenfalls noch Hoffnungen auf den zweiten Platz ausrechnen, stehen vor schweren Auswärtsproben. Der Freiburger FC sollte durchhaus in der Lage sein, den Bayern ein Bein zu stellen, und Pforzheims „Club“ darf den FC Singen am Hohentwiel nicht unterschätzen. Der Spitzenreiter Ulm 46, dessen Vorrang auf vier Punkte zusammenschmelzen ist, tritt in Bamberg an und hat infolge seiner Formkrise kaum Aussichten, seinen knappen Vorsprung zu wiederholen. Wacker München empfängt das Schlachtfeld VfR Aalen, das ohnehin nichts mehr zu hoffen hat, und müßte mit einem knappen Sieg sein Punktekonto weiter aufbügeln können. In Regensburg gibt der SV Darmstadt seine Karte ab. Ein Sieg der Gäste ist ebenso fraglich wie ein Erfolg des SSV Reutlingen beim TSV Straubing.

Es spielen: ASV Feudenheim — BC Augsburg, FC Freiburg — Bayern Hof, FC Bamberg gegen TSG Ulm 46, Jahn Regensburg — Darmstadt 98, ASV Durlach — ASV Cham, FC Singen 94 gegen 1. FC Pforzheim, TSV Straubing — SSV Reutlingen, SV Wiesbaden — Hessen Kassel, Wacker München — VfR Aalen.

Meisterschaftsfrage bleibt noch offen

Bist Saarbrücken weitere Punkte ein?

In der Oberliga Südwest muß der führende 1. FC Saarbrücken am kommenden Sonntag gegen Borussia Neunkirchen antreten. Gastgeber Saarbrücken ist knapper Favorit, aber auch eine Punkteteilung käme nicht überraschend. Der Deutsche Meister, 1. FC Kaiserslautern, trifft in Kaiserslautern auf den Lokalrivalen VfR. Die Walterrell müßte sich klar durchsetzen können.

so daß die endgültige Beantwortung der Meisterschaftsfrage zunächst offen bleibt. Im Kampf gegen den Abstieg muß der Tabellenvorletzte, VfB Frankenthal, den schweren Gang nach Neustadt antreten. Die Gauchel-Elf dürfte dem Oberliganeuling kaum eine Siegeschance lassen. Der ebenfalls hart bedrängte VfL Neustadt könnte sich mit einem Sieg bei Tura Ludwigshafen endgültig in Sicherheit bringen. Bei der Heimstärke der Ludwigshafener steht Neustadt jedoch vor einer sehr schweren Aufgabe. In Worms und Trier, wo Mainz 05 bzw. Phoenix Ludwigshafen gastieren, geht es weder für die Platzbesitzer noch für die Gäste um Meisterschaft oder Abstieg. Mit den zu erwartenden Platzsiegen können Eintracht Trier und Wormatia Worms lediglich ihre Tabellenplätze untermauern. Der FV Engers und Eintracht Kreuznach benutzen den spielfreien Sonntag zu Privatspielen gegen den VfL Neuwied und den DSC/TSG 78 Heideberg.

Es spielen: 1. FC Saarbrücken — Borussia Neunkirchen, TuS Neuenfeld — VfR Frankenthal, Tura Ludwigshafen — VfL Neustadt, Eintracht Trier — Phoenix Ludwigshafen, Wormatia Worms — Mainz 05, VfR Kaiserslautern gegen 1. FC Kaiserslautern, Privatspiele: VfL Neuwied — FV Engers, Eintracht Kreuznach gegen DSC/TSG 78 Heideberg.

Es geht um die „Gesamtdeutsche“

Beiratstagung des Deutschen Fußball-Bundes

Die am kommenden Wochenende in Frankfurt am Main stattfindende Beiratstagung des Deutschen Fußball-Bundes übertrifft an Aktualität die Meisterschaftskämpfe auf dem grünen Rasen. Geht es hier doch darum, ob an der diesjährigen Deutschen Fußballmeisterschaft ostdeutsche Mannschaften teilnehmen. Ein entsprechender telegraphischer Antrag der Sektion Fußball des Deutschen Sportausschusses liegt vor. Die Endrundenspiele des DFB beginnen nach dem vorgesehenen Plan am 27. April. Bis zu diesem Zeitpunkt kann die Oberliga Ost allerdings ihre Vertreter nicht namhaft machen. Nach Lage der Dinge dürfte der DFB kaum schon den festgelegten Terminplan umwerfen, so daß wieder einmal die Gelegenheit nicht wahrgenommen werden kann, die Fußballer von West und Ost um einen gemeinsamen Meisterschaftskampf zu lassen. Mit der Hereinnahme ostdeutscher Mannschaften würde der Wert der Deutschen Fußballmeisterschaft zweifellos steigen. Freundschaftsspiele west- mit ostdeutschen Spitzenmannschaften haben gezeigt, daß man sich auch drüber einen großen Fußball spielt. Vor allem die Mannschaften aus dem sächsischen Industriegebiet sind nach wie vor dominierend. Es sei nicht vergessen, daß der letzte deutsche Meister während des Krieges der Dresdener Sportclub war, und die „Viktoria“, die Meisterschaftstrophäe der Fußballer, immer noch im Osten steht.

Schwetzingen tritt in Daxlanden an

Rennen um zweiten Platz wieder offen

Durch den überraschenden Punktverlust der Schwetzingen zu Hause ist das Rennen um den zweiten Tabellenplatz in der nordbadischen Amateurliga wieder offen geworden. Nach Verlustpunkten gesehen trennen die Spargelstädter zur drei Zähler von nachrückenden Tabellendritten FV Daxlanden, dem sich am kommenden Sonntag ein günstige Gelegenheit bietet, durch einen Sieg über seinen Gast Schwetzingen noch näher zu diesem Tabellenplatz zu rücken. Der FV Daxlanden hat gegen Birkenfeld Platzvorteil und müßte zu einem sicheren Erfolg kommen. Um die geringen Chancen auf den Gewinn des dritten Platzes zu wahren, muß Friedriehsdorf seine Heimbegegnung gegen Weinheim erfolgreich beenden. Die Brötlinger Germanen werden noch einmal in den Strudel des Abstiegs gerissen, wenn sie beim Lokalrivalen VfR Pforzheim beide Zähler einbüßen. Die Hasenpöcher andererseits dürften kaum mehr zu retten sein, wenn sie erneut eine Niederlage erleiden. Schwierig wird auch die Situation für Kirchbach und Viernheim, wenn die Auswärtstreffen in Böggart und Rohrbach verloren gehen. Hockenheim muß sich gegen Leimen von seiner besten Seite zeigen, wenn die Punkte in der Benastadt bleiben sollen.

Es spielen: FV Daxlanden — SC Schwetzingen, KVV — FC Birkenfeld, Friedriehsdorf — FV Weinheim, TSG Rohrbach — Amicitia Viernheim, VfR Pforzheim — Germania Brötlingen, FV Hockenheim gegen KSG Leimen, FG Böggart — FC Kirchbach.

Turnverein Ettlingenweiler erwartet den Tabellenführer

Die Handballabteilung des TV beginnt am Sonntag wieder regelmäßig mit den Pflichtspielen. Zum ersten Spiel empfängt der TVE keinen geringeren Gegner als den Tabellenführer Polzeisportverein Karlsruhe. Da die Einzelheimischen erstmals wieder mit kompletter Elf antreten werden, ist mit einem interessanten Kampf zu rechnen. Im Vorspiel stehen sich um 13.15 Uhr die Jugendmannschaften von Ettlingenweiler und MTV Karlsruhe gegenüber.

Wer wird in der 2. Amateurliga Meister?

In Nordbadens 2. Amateurliga kam der SG Kirchheim in der Mannheimer Staffel 1 dem besten Team einen Schritt näher und benötigt nunmehr aus den ausstehenden fünf Spielen noch drei Punkte, um Meister zu werden. In der Staffel 2 haben Käferthal (2:2), Duesheim und Sandhofen (0:0) ungefähr die gleichen Chancen, den Titel zu gewinnen. Buchen führt weiterhin im Bezirk Odenwald. In Mittelbaden steht der VfB Kniesingen als Meister der Staffel 2 bereits fest, während in der Staffel 1 der ASV Hagstaid bis auf zwei Punkte an den führenden VfB Bruchsal herankommen ist.

Klärung in der Abstiegsfrage

In der nordbadischen Handballverbandsliga stehen der Meister mit dem VfR Mannheim und ein absteigender Verein mit dem SV Waldhof fest. Ungeklärt ist noch, wer Waldhof begleiten wird. Das Schicksal von Offenheim, das bereits die Punktspiele abgeschlossen hat, wäre besiegelt, wenn Bretten in seinem Heimspiel gegen die zur Zeit recht schwachen Rintheimer wenigstens einen Punkt holt und St. Leon, das dann allerdings noch ein Treten austragen hat, siegreich aus Birkenau zurückkehrt. Mühlburg gilt auf eigenem Platz als Favorit gegen Ketsch, und Waldhof könnte mit etwas Glück noch einmal zu einem Sieg gegen Weinheim kommen.

Es spielen: TSV Bretten — TSV Rintheim, SV Waldhof — 62 Weinheim, VfR Mühlburg — SpVgg. Ketsch, TSV Birkenau — SG St. Leon.

Deutsche Hallen-Schwimmmeisterschaften

Im Pirmasenser Hallenbad werden am Wochenende die Deutschen Hallen-Schwimmmeisterschaften für Damen ausgetragen. Es gibt sieben Einzelwettbewerbe (100 m und 200 m Kraul, 100 m und 200 m Brust, 100 m und 200 m Rücken, Kunstspringen) und zwei Staffeln (4x100 m Kraul und 4x100 m Brust).

62 springen in Braunlage

Alle 62 gemeldeten Springer, die im Februar bei den Deutschen Skimeisterschaften wegen großen Schneetreibens nicht zum Sprunglauf auf der Großen Wurmberg-Schanze antreten konnten, wurden von der Kurverwaltung Braunlage-Harz für kommenden Sonntag (18.5) wieder eingeladen. Die Deutsche Meisterschaft 1953 wird also eine glänzende Besetzung erhalten. Als Favoriten gelten diesmal Toni Brutscher und Sepp Weiler, die sich in glänzender Form befinden. Einer von ihnen dürfte wohl den Meistertitel, den im Vorjahr Sepp Kleid nach Gu-Pa entführte, wieder nach Oberstdorf zurückholen.

ten Hoff K.o.-Sieger über Bacilieri

Im Hauptkampf einer Berliner Berufsboxveranstaltung in der Sporthalle am Funkturm besiegte der deutsche Meister Hein ten Hoff den italienischen Schwergewichtler Bacilieri durch k.o. in der fünften Runde.

Der deutsche Meister ging von der ersten Minute an aufs Ganze. Die linke Linke sicherte nach vorn geschoben trieb er Bacilieri vor sich her, dabei die Rechte immer schlagbereit im Anschlag. Aber noch konnte er den Italiener nicht wirkungsvoll treffen, der seinerseits mit einer rechten Erfolg hatte. Zu Beginn der zweiten Runde das gleiche Bild: ten Hoff im Angriff, bringt zweimal die Linke ins Ziel. In dieser Runde kann der deutsche Meister auch die Rechte erstmals wirkungsvoll einsetzen. Aber der Italiener schlägt zurück und landet linke und rechte Haken. Die dritte Runde ist ausgeglichen. Ten kommt mehrmals mit Körperschlägen durch. Der Italiener zieht seine Deckung nach unten und kann im Rückwärtsgehen einige Treffer am Kopf ten Hoff's landen. In der vierten Runde geht Bacilieri zum Angriff vor. Aber ein harter Uppercut von ten Hoff stoppt sein Vorhaben. Mit mehreren Treffern in Herz- und Magengegend kann der deutsche Meister Wirkung erzielen und die Runde klar für sich buchen. Die fünfte Runde brachte das schnelle Ende. Mit einer Serie von Körper Treffern wird Bacilieri sofort abgefangen und ist bedrücklich angeschlagen. Seine Kampfkraft läßt nach, plötzlich dreht er ab und wankt in seine Ecke und eibt auf.

der Preste raunen, um seine Widerstandsfähigkeit zu beweisen. Trotz aller Warnungen sprang er bei elendem Pappschnee über die ungetretene Schanze und brach das Becken. Verloren. Zwei Tage vor seinem Ableben ließ er die eigene Todesanzeige in die Zeitung setzen, las sie voll tiefer Ergriffenheit und starb zufrieden. Vorher ordnete er noch an, seine Asche soll in das Labyrinth des oberen Morteratschglätschers geworfen werden.

Oder der alte Nothaff, viele werden ihn kennen. Was erfindet er, der Sonderling im Schnee? Einen Schlitten mit Dampfheizung. Ich frage alle Erfinder der Welt, gibt es nichts Schläueres zu erfinden als einen Schlitten mit Dampfheizung? Wenn die Leute noch etwas Vernünftiges, allgemein Brauchbares erfinden wollten; etwas, das dem normalen Menschenverstand zugänglich ist. Ich will mich nicht brüsten, aber ich zum Beispiel denke immer an einen Luftballon, den der Skifahrer beim Bergsteigen zu seiner Entlastung mitführen sollte. Durch den Luftballon wird sein Gewicht verringert und somit wird das Steigen wesentlich erleichtert. Ich wollte sagen, dieser Gipstheodor weiß nichts Besseres zu tun, als dem Schneebazillus nachzujagen. Er sucht ihn unterm Mikroskop, so ein verdrehter Haxenflücker.

Dorothee! Was denn, hat jemand gerufen? Immer noch Föhn in der Luft. Ich kriege wieder Kreuzschmerzen. Sick, du hast den Bazillus selbst im Hirn. Du kannst ihn — ich gehe jetzt übrigens in die Schlucht. Ja, ich habe große Lust, in die Schlucht zu gehen. Wieviel Neuschnee muß es dort hineingeblassen haben. Ich weiß, dort sind heute nacht wieder die Tannen gestürzt.

Ich pfeife das Lied vom Hammerschmiedesellen und gehe in die Schlucht.

(Fortsetzung folgt)

stischen Baumsäulen, in dieser verschneiten und dämmerigen Gruft.

Dort oben glänzt das Blau des Himmels zu mir herein. Dort vollzieht sich das graue Spiel des Unfaßbaren, dort und in meiner eigenen Brust. Dort regieren die tausendstelligen Zahlen, zwischen Glück und Aberwitz, zwischen Liebe und Fluch, zwischen Feuer und Finsternis, zwischen Tod und Auferstehung. An diesen Stamm gelehnt, will ich dem Rätsel danken, weil es mich so erschaffen hat, daß ich dermaßen beglückt und verkommen sein kann hier bei den Riesen der Hochwälder und in der toten Stille.

Unheilbar ist eure Verrücktheit. Ihr nennt mich den Akrobat, aber ich bin nichts als ein Vagabund durch die Jahreszeiten, durch Wald und Fels, durch Aufgang und Niedergang. Ein Medikament, Sportkamerad Doktor Sick!

Irgendwo sitzt der Auerhahn im verwehten Geist.

Natürlich, da ist der Doktor Sick, dieser total verrückte Kerl. Was macht er denn in seinen freien Stunden? Studiert er vielleicht komplizierte Frakturen oder klinische Möglichkeiten an verletzter Schädelbasis? Fällt ihm gar nicht ein: er sucht den Schneebazillus. Ein Kollege vom Feldberg hat ihm diesen lächerlichsten aller Quälgeister ins Ohr gesetzt. Er behauptet hartnäckig, in Höhen über tausend Meter fände im Schnee ein Bazillus der bislang unentdeckt blieb, einen besonders günstigen Nährboden. Dieser Bazillus mache die Menschen ein wenig übergeschnappt und zu unnünftigen Handlungen aufgeleitet. Welch eine virtuosenhafte Spitzfindigkeit. Sie suchen auch noch eine Entschuldigung für ihre Verrücktheit.

Da war zum Beispiel dieser Tango. Kein Sterblicher weiß, warum sie ihn Tango nannten. Dieses Gewächs Gottes gründete doch wirklich einen Hüttenklub, und wer Mitglied werden wollte, mußte zuerst Fingernägel in